

RÜCKBLICK AUF DIE LEGISLATUR 2022–2026

GRÜNE ERFOLGE IM GROSSEN RAT

Die laufende Legislatur neigt sich dem Ende zu. Zeit für ein Zwischenfazit, wie ich diese dreieinhalb Jahre im Grossen Rat erlebt habe, was wir GRÜNE bewegen konnten und in welchen Bereichen es Handlungsbedarf gibt.

Nach meiner überraschenden Wahl im März 2022 erwartete mich ein steiler Einstieg im Grossen Rat: Gleich in der ersten Sessionswoche war die Umfahrungsstrasse Emmental traktandiert. Ich hielt mein erstes Votum also zu einem sehr umstrittenen Geschäft, was meine Nervosität nicht kleiner machte. Aber danach war ich jedenfalls für alle kommenden Debatten gewappnet.

Ich habe rasch festgestellt, dass mir zwei Dinge besonders gut gefallen: Die überparteiliche Zusammenarbeit mit meinen Ratskolleg*innen und die Kommissionsarbeit. Ich darf in meiner Wunschkommission politisieren, der Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen. Dort haben wir beispielsweise Transparenzregeln für die kantonale Kampagnenfinanzierung ausgearbeitet und die Grundlagen für die langfristige Finanzierung des Gosteli-Archivs geschaffen.

Höhepunkte und Handlungsbedarf

Als Vorstandsmitglied des kantonalen Mieterinnen- und Mieterverbands war die Annahme der Miet-Initiative mit der Einführung von transparenten Vormieten mein persönliches Highlight. Bereits 2022 hatten wir einen Vorstoss mit genau dieser Forderung im Grossen Rat eingereicht, den das Parlament 2023 ablehnte. Wir waren schon damals über-

zeugt, dass die Stimmbevölkerung anders entscheiden würde – was sich nun bewahrheitet hat.

Ein weiterer Höhepunkt für uns GRÜNE war die Behandlung unserer Solar-Initiative. Obwohl die Parlamentsdebatte teilweise schwierig war, hat daraus zumindest ein mehrheitsfähiger Gegenvorschlag resultiert, der im Februar 2025 von der Berner Stimmbevölkerung angenommen wurde. Es ist somit unserer GRÜNEN Initiative zu verdanken, dass im Kanton Bern jetzt immerhin eine Solarpflicht auf Neubauten gilt.

Die Herausforderungen für den Kanton Bern bleiben zahlreich. Der Grosse Rat muss seinen Absichtserklärungen in den Bereichen Klima- und Biodiversitätsschutz endlich Taten folgen lassen. Grossen Handlungsbedarf haben wir auch im sozialen Bereich und bezüglich politischer Teilhabe: Mehr Prämienverbilligungen, Bekämpfung geschlechterspezifischer Gewalt, Mitsprachemöglichkeiten für Ausländer*innen und junge Menschen. Gerne würde ich mich auch in der kommenden Legislatur für diese Anliegen einsetzen.



Anna de Quervain bei ihrem ersten Votum im Grossen Rat zu den Umfahrungsstrassen.



Anna de Quervain,
Grössrätin

WIESO ICH NOCHMALS MOTIVIERT BIN ZU POLITISIEREN

Früher: In den 90er Jahren im Stadtrat und 2001–2010 im Grossrat, waren mir als Mutter unsere drei Kinder die Motivation, um GRÜN zu politisieren.

Dazwischen: Trotz seit 50 Jahren wissenschaftlich erwiesener Klimakatastrophe torpedieren Mehrheitsentscheidungen bürgerlicher und Mitte-Politiker*innen immer wieder griffige Lösungen, krebzen gar zurück!

Heute: Als pensionierte Babyboomerin lebe ich privilegiert und mit Verantwortung, überzeugt und lustvoll in der Dachloft ohne Heizung, autofrei, Velo- und öV-mobil.

Zukunft: Meine fünf Enkelinnen motivieren mich, wieder GRÜN zu politisieren, nun, um auch ihre Zukunft sozial-ökologisch mitzugestalten.

Danke für Deine Stimme!



Johanna Mercedes Schlegel,
Stadträtin Burgdorf,
Mitglied GPK

OBEREMMENTAL

WIEDER-ERWACHEN DER GRÜNEN IN LANGNAU



Anna Badertscher,
Kandidatin
Grossratswahlen



Björn Ernst, Kandidat
Grossratswahlen

In nur einem Jahr wurden die GRÜNEN Region Langnau erfolgreich neu gegründet, erste politische Erfolge gefeiert und ein starkes Fundament für die Zukunft gelegt.

Mit dem Ziel, ökologische und soziale Themen weiter voranzubringen und eine schlummernde Wählerschaft zu mobilisieren, konnten die GRÜNEN Langnau aus dem Dornröschenschlaf geweckt werden. Die Ortspartei existierte bereits bis 2019, löste sich damals aber mangels Mitgliedern auf.

Anfangs 2025 wurde die Idee von Björn Ernst konkret, sich in der Gemeindepolitik zu engagieren. Mit der Rückkehr von Anna Badertscher ins Emmental, beschlossen die

beiden, die sich aus der Jugendzeit kannten, die GRÜNEN in Langnau wieder zu erwecken nach dem Motto: «Im Kleinen die Zukunft mitgestalten». Weil es interessierte Menschen gibt, die nicht in Langnau, sondern in den umliegenden Gemeinden leben, wurde die neue Partei «GRÜNE Region Langnau» getauft.

Viel geschaffen in einem Jahr

Am 30. April 2025 feierten die Langnauer GRÜNEN ihre Gründungsversammlung mit insgesamt sieben Menschen. Heute sind es bereits elf, dazu kommen noch diverse Sympathisant*innen. Im Juli 2025 kam Regula Rytz für einen inspirierenden Workshop nach Langnau. Damit wurde eine gute Basis gelegt, um die bevorstehenden Wahlen vom 26. Oktober erfolgreich zu meistern.

Die GRÜNEN mischen wieder in der Gemeindepolitik mit

Leider konnte die Liste für die Gemeinderatswahlen in Langnau nicht mit weiteren Leuten ergänzt werden, Nichtsdestotrotz holte Björn souverän den angestrebten Sitz im Grossen Gemeinderat, dem 40köpfigen Langnauer Parlament. Fast hätte es für einen zweiten gereicht! Zusätzlich sitzen neu zwei GRÜNE in zwei Kommissionen.

An den Wahlen in Rüderswil am 30. November 2025 konnte Anna Badertscher zwar keinen Sitz im Gemeinderat holen, jedoch den ersten Ersatzplatz und viele positive Rückmeldungen. Das zeigt, dass die GRÜNEN im Oberemmental wieder auf dem Weg sind Fuss zu fassen. Eine unternehmungslustige Gruppe von GRÜNEN ist in Langnau bereit, die Zukunft der Region aktiv mitzugestalten.



Der «Kern» der GRÜNEN Region Langnau v.l.n.r.: Karin Tillmann, Björn Ernst, Kathrin Wittwer, Anna Badertscher und Beat Wiedmer.

DEM KLIMAWANDEL IN BURGDORF ENTGEGENWIRKEN



Tobias Vogel,
Co-Präsident Stadt-
klimainitiative
Burgdorf

Unter Federführung der GRÜNEN Burgdorf hat ein überparteiliches Bündnis im Herbst 2024 die Stadtklimainitiative eingereicht. Ein Jahr danach wurde ein Gegenvorschlag zur Initiative einstimmig beschlossen. Burgdorf verfügt damit über eine verbindliche Grundlage, um Hitzeinseln zu vermeiden und gleichzeitig öffentlichen Raum aufzuwerten.

Als umverkehR 2023 an der Hauptversammlung der GRÜNEN die Stadtklimainitiative vorstellte, war den Teilnehmenden rasch klar: da müssen wir mitmachen, auch wenn die Hürde von rund 1500 Unterschriften in Burgdorf hoch ist. Schon sehr bald fand sich eine Gruppe, die sich dem Formalen annahm: der Initiativtext wurde finalisiert, ein Komitee gegründet und Mitstreiter*innen gefunden. Die Kernforderung der Initiative lautet: Innert 12 Jahren sollen 6 % des Strassenraums entsiegelt und in Flächen für Bäume sowie artenreiche Grünflächen umgewandelt werden.

Beim Sammeln wurde sofort klar: asphaltierte Flächen zu entsiegeln und zu begrünen, entspricht einem Bedürfnis der Burgdorfer*innen. Die nötigen Unterschriften waren in nur vier Monaten beisammen.

Das rasche Zustandekommen der Initiative verfehlte seine Wirkung nicht: Die Stadt nahm das Anliegen der Initiative auf und arbeitete einen Gegenvorschlag aus, der

alle Kernforderungen übernimmt und das Entsiegelungsziel konkretisiert: es beträgt 21 000 Quadratmeter. Diesem Gegenvorschlag hat der Stadtrat (mit kleinen Änderungen) einstimmig zugestimmt, worauf die Initiative zurückgezogen wurde.

Dank der Stadtklimainitiative verfügt die Stadt Burgdorf über eine verbindliche und breit akzeptierte Grundlage, um sich der Aufgabe zur Anpassung an den Klimawandel und seinen Auswirkungen anzunehmen.



So könnte der Postplatz in
Burgdorf aussehen.

VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

FAÇONNER L'AVENIR

Die kommenden Wahlen entscheiden darüber, wie wir morgen leben. Ob wir weiter zögern – oder endlich handeln. Ob wir Probleme verwalten – oder Lösungen schaffen. Die letzten Jahre haben gezeigt, bürgerliche Politik bedeutet Stillstand: Abwarten statt Anpacken, Sparen statt Investieren, Verschieben statt Entscheiden. Doch Stillstand können wir uns nicht leisten – nicht beim Klima, nicht beim sozialen Zusammenhalt, nicht bei unserer Demokratie.



Wir GRÜNE stehen für eine Politik, die hinschaut, zuhört und handelt. Für Klimaschutz, der nachhaltig und vernünftig ist. Für eine Wirtschaft, die innovativ ist und Verantwortung übernimmt. Für soziale Gerechtigkeit, gute Bildung, bezahlbares Wohnen und ein starkes Miteinander. Für saubere Energie, die unabhängig macht, und für eine Demokratie, die schützt und verbindet.

Weiter wie bisher ist keine Option. Die Herausforderungen unserer Zeit verlangen Mut, Ehrlichkeit und den Willen zur Veränderung. Genau dafür stehen wir, und dafür setzen wir uns ein, und dafür brauchen wir euch alle.

Gemeinsam für eine lebenswerte Zukunft

Wir brauchen Menschen, die sich engagieren, Menschen, die Flyer verteilen, Plakate aufhängen, Inhalte in den sozialen Netzwerken teilen, diskutieren. Wir wollen Hoffnung sichtbar machen.

Dès aujourd'hui, nos candidat-e-s au Grand Conseil porteront haut et fort nos couleurs et nos solutions. Ensemble, nous nous adresserons à la population afin d'inciter les gens à se rendre aux urnes, convaincre et faire voter VERT-E-S. Nous y arriverons et serons à la hauteur des enjeux car nous n'avons jamais été autant et pouvons profiter d'une grande diversité de profils et expériences.

Ensemble avec notre candidate au Conseil-exécutif Aline Trede, nous serons actifs et actives dans les rues, sur les places et sur les stands dans tout le canton de Berne.

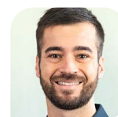
Nous affichons notre position et donnons du courage en ces temps souvent incertains. Nous montrons que la politique peut être meilleure – transparente, axée sur des solutions durables et humaine. Chaque rencontre compte. Chaque voix compte. Ton engagement compte et nous en remercions!

Es beginnt am 8. März mit dem Klimafonds

Noch vor den Wahlen steht am 8. März 2026 eine wichtige Abstimmung bevor. Da können wir beweisen, dass wir mit unserer Klimafonds-Initiative auf dem richtigen Weg sind. Diese Abstimmung wollen wir gewinnen, das Klima wieder in den Mittelpunkt der Prioritäten rücken und dann mit positiver Energie und Zuversicht den Endspurt der Wahlkampagne bestreiten. Zeigen wir, dass es sich lohnt für das Klima, den sozialen Zusammenhalt und demokratische Werte einzustehen. Für uns und künftige Generationen.

Wir freuen uns darauf, im kommenden Frühjahr gemeinsam mit euch diese wichtigen Kampagnen zu führen und 2026 den Kanton Bern grüner zu machen.

Gemeinsam. Wirksam. Grün.



Cyprien Louis,
copräsident des
VERT-E-S Canton de
Berne



Brigitte Hilty Haller,
Co-Präsidentin
GRÜNE Kanton Bern

REGIERUNGSRATSWAHLEN

ZÄME WITERCHO!

GRÜNE und SP treten mit vier kompetenten und motivierten Kandidierenden zu den Regierungsratswahlen an: Evi Allemann als bisherige Regierungsrätin, Aline Trede, Hervé Gullotti und Reto Müller als neue Kräfte. «zäme» holen wir die Regierungsmehrheit zurück.

Der Kanton Bern braucht wieder eine rot-grüne Mehrheit, denn die Bürgerlichen politisieren an der Bevölkerung vorbei. Seit Jahren werden Abbauprogramme mit Verweis auf angebliche Sparzwänge gerechtfertigt: Die Gesundheitsversorgung wird ausgehöhlt und das Sozialhilfegesetz verschärft. Es werden Steuergeschenke an Unternehmen und Reiche verteilt, während die Krankenkassenprämien steigen. SP und GRÜNE bringen den Kanton gemeinsam mit der Bevölkerung weiter: für einen solidarischen, klimafreundlichen und verlässlichen Kanton.

So bringen wir den Kanton weiter

Die vier Kandidierenden stehen für eine Politik, die den Menschen dient. Sie setzen sich ein für eine solidarische Gesellschaft, in der sich alle Menschen auf ein flächendeckendes Gesundheitssystem verlassen können, Krankenkassenprämien kein Armutsrisiko darstellen und geschlechterspezifische Gewalt konsequent bekämpft wird. Für einen zukunftsfähigen Kanton braucht es griffige Massnahmen für Klimaschutz und Energiewende. «zäme witercho» ist unsere Kultur des

Miteinanders statt des Gegeneinanders. Auf der ganzen Welt spalten Populist*innen die Bevölkerung, im Kanton Bern strebt die bürgerliche Mehrheit einen fünften Sitz im Regierungsrat an. «zäme witercho» steht deshalb auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Den braucht es, um die aktuellen Herausforderungen zu meistern. Darum «zäme witercho» – für eine solidarische Gesellschaft, einen wirksamen Klimaschutz, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Bern. Gemeinsam mit der Bevölkerung und für die Bevölkerung im Kanton Bern.

**Jede Stimme zählt**

Am 29. März haben wir es in der Hand: «zäme» können wir die Regierungsmehrheit zurückgewinnen! Schreiben Sie Evi

Allemann, Aline Trede, Hervé Gullotti und Reto Müller auf Ihren Wahlzettel für den Regierungsrat und erinnern Sie Ihre Freund*innen daran, wählen zu gehen. Merci für Ihre Stimme!

Mehr zu der Kampagne auf www.zaemewitercho.ch

GROSSER RAT

RÜCKBLICK AUF ERFOLGE



Christoph Grupp,
Grossrat,
Co-Fraktionspräsident

Mit dem Jahreswechsel lohnt sich nicht nur ein Blick auf die grünen Erfolge 2025, sondern es bietet sich auch ein Legislaturrückblick an, bevor es im neuen Jahr in die kantonalen Wahlen geht.

Die aktuelle Legislatur begann unter dem Motto einer Klimalegislatur, weil im März 2022 unter dem Einfluss von Klimastreiks und der Grünen Welle so viele GRÜNE in den Grossen Rat gewählt wurden wie noch nie. Der noch in der alten Legislatur angenommene Verfassungsartikel zum Klimaschutz sollte den Weg ebnen, um die Gesetze und vor allem die Aktionsprogramme des Kantons Bern konsequent auf das Ziel «Netto-Null bis 2050» auszurichten. Doch leider zeigte sich der bürgerlich dominierte Grosse Rat nicht sehr willig. Immerhin lancierte der Regierungsrat im Mai 2025 den Klima-Aktionsplan für die Gemeinden.

Zu den grünen Erfolgen gehörte im vergangenen Jahr die Annahme des kantonalen Energiegesetzes. Zwar kamen wir mit unserer Solar-Initiative nicht durch, doch dank der Annahme des Gegenvorschlags werden künftig alle Neubauten im Kanton Bern einen Anteil Solarstrom selber produzieren müssen. In die gleiche Richtung zielt

das im Sommer überwiesene Postulat Remund, womit das Potenzial von PV für die Fernwärme ausgelotet werden soll.

Im Sozialbereich konnten wir auch einiges erreichen, so etwa die Annahme der Motion de Meuron zur Bekämpfung von Kinderarmut. Bei der Revision des Sozialhilfegesetzes gelang es, den Selbstbehalt für die Gemeinden vorerst abzulehnen. A propos Gemeinden: In letzter Zeit kommt es vermehrt zu Eingriffen in die Gemeindeautonomie. Stichworte dazu sind Tempo 30, Ausgleich der Zentrumslasten oder öV-Linien, wo der Grosse Rat mehrmals Beschlüsse gegen (linke) Städte gefasst hat.

Ein Rückblick zum Politjahr 2025 muss sich auch mit dem Zustand der Politik befassen, die vor allem international vermehrt autokratischem und rechtspopulistischem Druck ausgesetzt ist. Inwiefern der Kanton Bern davon betroffen ist, soll ein Bericht klären, den der Regierungsrat aufgrund des Postulats Remund verfassen muss: Wie resilient ist die Demokratie im Kanton Bern?

Wir wollen auch in der Legislatur 2026–2029 mit einer starken Grünen Fraktion Akzente setzen für mehr Gerechtigkeit und Klimaschutz in der Kantonalpolitik.

KLIMAFONDS-INITIATIVE

GEMEINSAM DIE ZUKUNFT GESTALTEN

Die grösste Herausforderung unserer Zeit ist die Bewältigung des Klimawandels: Wir müssen die Zukunft für uns und die nachfolgenden Generationen vorausschauend gestalten. Der Klimafonds stellt die nötigen Mittel bereit, um diesen Transformationsprozess nachhaltig und sozial zu finanzieren.

Die Schweiz hat schon viele grosse Herausforderungen mit einem gemeinschaftlichen Effort gemeistert. Der Ausbau der Bahninfrastruktur von der Gründung der SBB bis zur NEAT oder die Einführung der AHV – immer wieder wurde vorausschauend in die Zukunft investiert. Von diesen Investitionen unserer Eltern und Grosseltern profitieren wir noch heute und betrachten sie ganz selbstverständlich als Teil dessen, was die Schweiz in ihrem Kern ausmacht. Die grösste Herausforderung unserer Generation ist der Klimawandel und unsere Aufgabe ist wieder die gleiche: vorausschauend die Zukunft für uns und die nachfolgenden Generationen zu gestalten.

Investitionen für eine klimaneutrale Schweiz

Um dem Klimawandel zu begegnen, braucht es grosse Investitionen. Mit dem Klimafonds stellen wir die Mittel bereit, die für diesen Jahrhundertumbau der Schweiz nötig sind. Mit der Dekarbonisierung von Verkehr, Gebäuden und Wirtschaft wird der CO₂-Ausstoss soweit möglich gesenkt.

Gleichzeitig wird mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien und der Förderung der Energieeffizienz die Energiewende vorangetrieben und die Versorgungssicherheit gestärkt. Um diesen Transformationsprozess sozial abzufedern,

stellt der Klimafonds auch die finanziellen Mittel für die nötigen Aus- und Weiterbildungen sowie für einen Einkommensausgleich während der Ausbildungszeit bereit. So stellen wir sicher, dass in diesem Prozess alle mitgenommen werden und die nötigen Fachkräfte für den ökologischen Umbau der Schweiz zur Verfügung stehen. Der Klimafonds finanziert diese ökologische Transformation, damit die nachfolgenden Generationen unseren Effort auch ganz selbstverständlich als Grundlage ihres Wohlstandes betrachten können.



Kilian Baumann,
Nationalrat



AGENDA

21.02.2026: Wahl-Lotto der GRÜNEN Thurnen, 16.00-18.00 Uhr, Café-Treff, Bahnhofstrasse 27, Mühlethurnen. Weitere Infos auf www.gruene-thurnen.ch.

25.02.2026: Schweizer Gletscherlandschaften im Klimawandel – GRÜNE Heimberg. Vortrag von Andreas Wipf und Samuel Nussbaumer, 19.30-21.30 Uhr, Aula Heimberg. Infos siehe www.gruene-thun.ch/heimberg.

28.02.2026: Tour de Berne avec nos candidat-e-s pour le Conseil-exécutif: 09h00-10h00 à Tramelan, 10h30-11h30 à St-Imier, 12h00-13h00 à Biel/Bienne. Infos: www.vertsberne.ch

04.03.2026: Rathausführung mit Anna de Quervain, Treffpunkt 17.30 Uhr vor dem Rathaus Bern. Teilnehmer*innenzahl beschränkt, Anmeldung an anna.dequervain@gruenebern.ch.

07.03.2026: Tour de Berne mit unseren Regierungsratskandidat*innen: 09.00-10.00 Uhr in Interlaken, 10.30-11.30 Uhr in Spiez, 12.00-13.00 Uhr in Thun. Infos: www.gruenebern.ch

13.03.2026: Wahllokal – Mensch, Politik, Kultur. Podium mit den rot-grünen Regierungsratskandidat*innen – GRÜNE Stadt Thun, 19.30 Uhr, Lady Evelyn, Halle 6, Scheibenstrasse 6, 3600 Thun.

14.03.2026: Tour de Berne mit unseren Regierungsratskandidat*innen: 09.00-10.00 Uhr in Zollikofen, 10.30-12.30 Uhr in Bern, Innenstadt, 12.45-14.00 Uhr in Köniz. Infos: www.gruenebern.ch

14.03.2026: Workshop zum Thema Wassernutzung im Emmental – GRÜNE Burgdorf, Treffpunkt 14.00 Uhr im Schloss-

hof, Schloss Burgdorf. Teilnehmer*innenzahl beschränkt, Anmeldung an anna.dequervain@gruenebern.ch.

14.03.2026: DayDance – GRÜNE Region Thun, ab 16.30 Uhr, Café Bälliz, Waisenhausplatz, Thun.

18.03.2026: Vortrag zum Thema Food Waste – GRÜNE Region Langnau, 19.30-21.30 Uhr, Freizeitstätte Langnau, Ilfis 106, Langnau i.E.

21.03.2026: Tour de Berne mit unseren Regierungsratskandidat*innen: 09.15-11.15 Uhr in Langenthal, 11.45-12.45 Uhr in Burgdorf. Infos: www.gruenebern.ch

21.03.2026: Waldführung mit dem Revierförster Simon Rieben, ab 14.00 Uhr, Burgdorf (genauer Treffpunkt wird auf der Seite www.gruene-emental.ch publiziert).

INDIVIDUALBESTEUERUNG

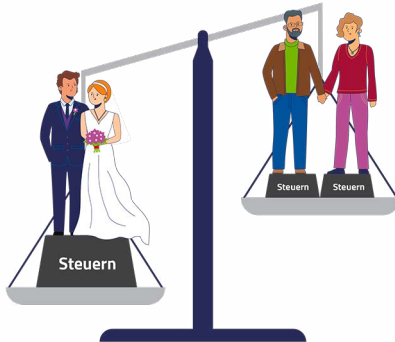
STEUERLICHE GLEICHSTELLUNG WIRD ENDLICH REALITÄT



Aline Trede,
Nationalrätin,
Regierungsrats-
kandidatin

Die Individualbesteuerung kann endlich eingeführt werden. Bei einem Ja der Bevölkerung am 8. März werden künftig alle Personen steuerlich gleich behandelt, unabhängig vom Zivilstand.

Bereits vor 40 Jahren hat das Bundesgericht entschieden, dass die steuerliche Diskriminierung von Ehepaaren, die sogenannte «Heiratsstrafe», abgeschafft werden muss. Mit der im Juni 2025 verabschiedeten Individualbesteuerung – einem Kompromiss von Bundesrat und Parlament – gibt es nun endlich eine zeitgemässe Lösung. Erwerbsarbeit soll sich für alle lohnen. Das ist ein längst überfälliger Schritt für die Gleichstellung. Die GRÜNEN haben sich in der parlamentarischen Debatte fundiert eingebracht und waren an dieser guten Lösung stark beteiligt.



Konservative Kantone sowie die beiden konservativen Parteien SVP und Die Mitte, haben das Referendum ergriffen, somit wird die Bevölkerung am 8. März 2026 darüber befinden.

Der lange Weg der finanziellen Gleichstellung

Die Individualbesteuerung ist ein weiterer, lange erwarteter Schritt, in Richtung finanzieller Gleichstellung. 1988 wurde das neue Eherecht eingeführt. Ab dann durften Frauen arbeiten und ein Bankkonto ohne die Zustimmung ihres Mannes eröffnen. Ja, erst 1988. Es dauerte fast weitere 40 Jahre, bis die Gleichstellung auch bei den Steuern eingeführt wird. Denn der Zivilstand einer Person sollte keinen Unterschied machen, ob sie mehr oder weniger Steuern bezahlt.

Nun haben wir die Chance, am internationalen Tag der Frau einen weiteren Schritt in Richtung wahrer Gleichstellung zu machen.

ANGRIFF AUF DIE MEDIENVIELFALT

NEIN ZUR ZERSTÖRERISCHEN SRG-INITIATIVE



Christine Badertscher,
Nationalrätin

Die Halbierungsinitiative würde der SRG einen grossen Teil ihres Budgets entziehen – mit gravierenden Folgen für Medienvielfalt, Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Schweiz.

Die massive Kürzung würde das Angebot der SRG massiv schwächen. Redaktionen müssten zentralisiert werden, lokale Berichterstattungen würden weiter verschwinden. Dabei ist regionale Medienvielfalt ein zentrales Element der direkten Demokratie. Die SRG stellt sicher, dass unterschiedliche Perspektiven allen zugänglich sind. Wird sie kaputtgespart, ist dieser Verlust kaum rückgängig zu machen.



PAROLEN

Der Vorstand der GRÜNEN Kanton Bern empfiehlt folgende Parolen für die Abstimmungen vom 8. März 2026 (siehe auf www.gruenebern.ch für mehr Informationen):

National

■ Vorlagen zur Bargeldversorgung:

- Volksinitiative «Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen und Banknoten (Bargeld ist Freiheit)» – NEIN
- Direkter Gegenentwurf Bundesbeschluss über die schweizerische Währung und die Bargeldversorgung – JA
- Stichfrage – DIREKTER GEGENENTWURF

■ Volksinitiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)» – NEIN

■ Volksinitiative «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)» – JA

■ Bundesgesetz vom 20. Juni 2025 über die Individualbesteuerung – JA

Gerade in Zeiten von Fake News und Desinformation ist eine starke SRG unverzichtbar. Autokratische Länder verfolgen ein aktives Interesse, westliche Länder mittels Desinformationskampagnen zu destabilisieren. Die Schweiz ist mit ihrem Bekenntnis zum Völkerrecht und zur Demokratie zunehmend ein Ziel von Beeinflussungsaktivitäten.

Mit neuen Technologien wie KI wird die Manipulation von Inhalten weiter zunehmen. Umso wichtiger sind verlässliche Informationen und eine medienkompetente Bevölkerung. Die SRG leistet dabei wertvolle Arbeit, besonders für junge Menschen.

Wer verhindern will, dass ausländische Akteure Einfluss auf die politische Meinungsbildung nehmen, darf nicht ausgerechnet jene schwächen, die davor schützen. Eine starke SRG informiert, stärkt die demokratische Teilhabe und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. 200 Franken reichen dafür nicht. Deshalb müssen wir die Halbierungsinitiative unbedingt ablehnen.

BURGDORF

EIN BIKESHARING FÜR BURGDORF UND UMGEBUNG

Der Burgdorfer Stadtrat hat 2019 mit dem Klimanotstand einen wegweisen- den Markstein gesetzt. In den letzten Jahren wurden verschiedene Strategien erarbeitet und zuletzt im November 2025 die Mobilitätsstrategie verabschie- det. Ein Kernstück dieser Strategie ist die Einführung eines Bikesharings im Raum Burgdorf.

Mit dem neuen Leitbild «Burgdorf 2050» und verschiedenen Strategien in den Bereichen Klima, Immobilien, Schulraum und Mobilität wurden seit der Ausrufung des Klimanotstandes die Weichen für die Entwicklung der Stadt Burgdorf in den nächsten Dekaden

gelegt. Der Aufbau eines Bikesharings ist eine von vielen Massnahmen.

Schon lange auf dem politischen Radar

Bereits vor 15 Jahren ist im Rahmen des Programms «emmental bewegt» neben anderen Ideen auch ein Bikesharing als neues Angebot im Raum Burgdorf identifiziert worden. 2016 finanzierte die Stadt ein Vorprojekt, dessen Weiterführung damals jedoch an den Finanzen und am politischen Willen scheiterte.

2022 nahm Burgdorf einen neuen Anlauf. Unterstützt von der Regionalkonferenz Emmental und der Standortförderung Kanton Bern konnte die Erarbeitung eines Konzeptes gestartet werden. 2023 fanden mit Betrieben, Organisationen und Nachbargemeinden zahlreiche Interviews statt, und darauf

aufbauend wurde ein Umsetzungs- konzept erarbeitet. Dieses sieht die Realisierung nach dem Public Private Partnership-Ansatz vor.

Interesse aus der regionalen Wirtschaft

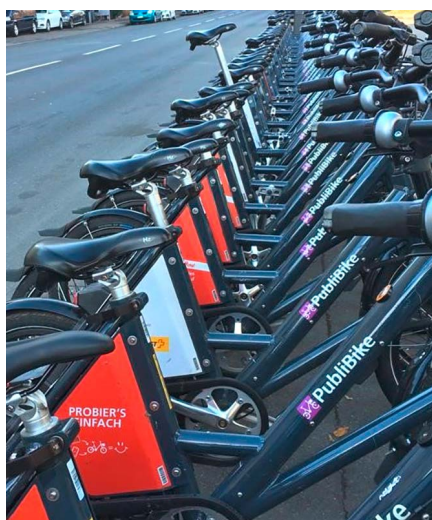
Bikesharing stellt eine wertvolle Ergänzung des öffentlichen Verkehrs dar, da es Taktlücken oder Randstunden abdecken kann. Im Rahmen eines Informationsanlasses Ende 2024 haben auch mehrere grössere Betriebe aus der Region grosses Interesse gezeigt und zum Konzept wertvolle Feedbacks geliefert. Sie sehen in diesem Angebot eine ideale Ergänzung für die Mobilität von Besuchenden und Kundschaft, aber auch einen Benefit für ihre Mitarbeitenden.

Was lange währt ...

In der Mobilitätsstrategie der Stadt Burgdorf ist dem Bikesharing ein eigenes Massnahmenblatt gewidmet. Im März 2026 ist die öffentliche Ausschreibung geplant und ab Herbst 2026 soll die Umsetzung erfolgen. Das Beispiel zeigt, dass neue Ideen oft Zeit brauchen, um zu reifen und mehrheitsfähig zu werden.



Theophil Bucher,
Gemeinderat Burgdorf



POLITISCHE PARTEIEN

DIE GEMEINDE – WIEGE DER DEMOKRATIE

Kleine Gemeinden haben Mühe, Personal zu finden, professionelles und ehrenamtliches. Und ihre Befugnisse in vielen Sachfragen sind minimal. Kein Wunder, dass die Gemeindepolitik in einer Krise steckt.

Bund, Kanton, Gemeinde – schon zig-mal haben wir den schweizerischen Föderalismus erklärt und seine Vorzüge gelobt. Einmalig und grossartig... wären da nicht die Fragezeichen und Stolpersteine.

Ich selber lebe in einer kleinen Gemeinde ohne Parlament, die Gemeindeversammlung fasst die wichtigen Beschlüsse. Und das sind grob gesagt: das Budget und die Jahresrechnung. Ab und zu steht ein grösseres Bauvorhaben an für die Infrastruktur (Wasser, Abwasser, Strasse). Die Beratung und Diskussion all dieser Geschäfte geschieht in erster Linie im Gemeinderat; die Kommissionen, die Fachwissen und parteiliche Ausgeglichenheit einbringen sollten, wurden grösstenteils abgeschafft. Verständlich, denn Fachwissen muss über die planenden Ingenieur-Büros ohnehin eingekauft werden, und die Verwaltung kann auch einiges leisten; zudem ziehen lange Vorab-Diskussionen ein Projekt unnötig in die Länge. Ist doch einfacher, wenn Exekutive, Verwaltung und die Planer*innen gleich alles selber erledigen.

Das ist effizient und vielfach sinnvoll, entspricht aber nicht dem Wunschbild, das wir uns gerne machen von

unserer direkten föderalen Demokratie. Wo bleibt die Mitwirkung der Bevölkerung? Die Partizipation bei einem Findungsprozess? Wunsch und Wirklichkeit gehen offensichtlich auseinander.

Demokratisch ist in einem solchen Konstrukt einzig noch die Wahl des Gemeinderates. Aber hier wird es erst recht kritisch, denn die Lokalparteien sind selber schwach, und bereitwillige, einsatzfreudige Menschen sind Mangelware. Häufig sind Gemeinderät*innen parteilos; sie werden eher zufällig angesprochen nach dem Muster «jemand kennt jemanden der jemanden kennt», unabhängig von einer Partei und ohne, dass ihre politische Gesinnung abgefragt würde.

Mein Fazit: Kleine Gemeinden ohne Parlament sind aus politischer Sicht ein Auslaufmodell aus dem vorletzten Jahrhundert. Es ist an der Zeit, grösser zu denken. Gemeinden müssen grösser werden, über ein Zentrum mit Umland und ein Parlament verfügen. Nur so können die Parteien auf der untersten politischen Ebene ihre Basisarbeit auch in Zukunft leisten.



Daniel Bachofner,
Präsident
GRÜNE Emmental

LEBENSMITTELSCHUTZ-INITIATIVE

TROTZ MORATORIUM NÖTIG



Bruno Aebi,
Kandidat
Grossratswahlen

In der Gentechnik wird seit Jahrzehnten geforscht, die Auswirkungen sind aber weiterhin grösstenteils unbekannt. Genetisch veränderte Pflanzen und Tiere können eine Gefahr sein für Mensch und Umwelt, das gilt auch für die «neuen» Methoden wie die Genschere. Deshalb müssen unsere Gesetze streng bleiben.

Das Parlament hat schon im Juni 2025 der Verlängerung des Gentechnik-Moratoriums bis 2030 zugestimmt. Jedoch wollen die Befürworter neue Technologien wie die Genschere vom Gesetz ausnehmen. Seit 2012 wird diese neue Methode der Gentechnik erprobt, ohne grössere Erfolge zu erzielen. Im Gegenteil, auch hier gibt es viele unkontrollierbare Vorgänge wie bei der herkömmlichen Gentechnik, die einfach noch etwas brachialer vorgeht. In der EU fällt die Genschere seit einem Entscheid des Europäischen Gerichtshofs von 2018 auch unter das strenge EU-Gentechnikrecht; aber auch dort gibt es Vorstösse, um die neuen Technologien vom Gesetz auszuschliessen.

Im Gesetz verankern

Die Lebensmittelschutz-Initiative will nun klar ins Gesetz schreiben, dass auch die neuen genomischen Techniken gentechnische Methoden sind, und deshalb die Forschung nur unter strengen Auflagen erfolgen darf. Auch verlangt die Initiative Schutz der gentechnikfreien Produktion durch Koexistenz-Regeln und Haftungsregelungen. Die Kennzeichnung von GVO-Produkten soll vorgeschrieben werden. Zusätzlich verlangt die

Initiative den Schutz von Patenten bei normalen Pflanzenzüchtungen.

Hinter der Initiative steht eine breite Allianz aus aktuell 52 (!) Organisationen, vom Verein für gentechnikfreie Lebensmittel bis Bio Suisse. Die GRÜNEN werden ihre Parole fassen, wenn der parlamentarische Fahrplan feststeht. Für die Bauern und speziell die Biobauern ist die Lebensmittelschutz-Initiative essenziell, damit sie weiterhin gesunde und garantiert GVO-freie Produkte herstellen können.



MITMACHEN

WESHALB ICH DIESEN SOMMER DEN GRÜNEN BEIGETRETEN BIN



Katrin Saleschus,
Kandidatin
Grossratswahlen

Wer kennt sie nicht, die Gletscherbilder: Wo vor 20 Jahren noch eine breite Gletscherzunge war, ist heute nur noch ein Häufchen Schnee. Auch ich habe diese Bilder gesehen, und sie machen mir Sorgen. Gleichzeitig kommt man sich so hilflos vor. Klar versuche ich durch bewusste Kaufentscheidungen meinen Beitrag zu leisten. Doch angesichts der Herausforderungen unserer Zeit erscheint mir dieser Beitrag doch etwas nichtig.

Sehr viel mehr Einfluss nehmen kann die Politik. Und mit dieser bin ich nicht zufrieden. Man könnte meinen, dass die schmelzenden Gletscher Grund genug wären, um alles Mögliche zu tun, um den Klimawandel abzumildern.

Trotzdem war die Schweiz dieses Jahr auf dem Klimaindex nur auf Platz 26, noch hinter Ländern wie Marokko und Chile. Und dies, obwohl die Schweiz eines der reichsten Länder der Welt ist und somit mehr als genug Ressourcen hätte, um als Vorbild voranzugehen.

Zum Glück leben wir in einer Demokratie, in der jeder einzelne Einfluss nehmen kann. Im Kleinen durch Wahlen und Abstimmungen. Und wenn es die eigenen Ressourcen zulassen, wie bei mir, auch im Grösseren, indem ich mich für eine Partei engagiere, die meine Sorgen punkto Klimawandel teilt.